

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 10. Juni 2020 / Mercredi après-midi, 10 juin 2020

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

**78 2020.RRGR.55 Motion 034-2020 Ammann (Bern, AL)
Direktaufnahme von Geflüchteten an der EU-Aussengrenze**

**78 2020.RRGR.55 Motion 034-2020 Ammann (Bern, LG)
Accueil direct de réfugié-e-s aux frontières extérieures de l'UE**

Präsident. Traktandum Nummer 78, eine Motion von Grossrätin Christa Ammann: «Direktaufnahme von Geflüchteten an der EU-Aussengrenze». Wir befinden uns in einer freien Debatte. Der Antrag der Regierung lautet auf Ablehnung. Ich gebe der Motionärin, Grossrätin Ammann, das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Die vorliegende Motion fordert, dass der Regierungsrat beim Bund vorstellig wird und die Direktaufnahme von Geflüchteten, insbesondere von vulnerablen Gruppen, von der griechisch-türkischen Aussengrenze in den Kanton Bern möglich macht. Die Motion fordert auch, dass die Asylgesuche der Betroffenen nachher hier regulär behandelt werden. Der Regierungsrat lehnt das Anliegen ab, argumentiert aber eigentlich völlig an der Forderung vorbei, was ich sehr bedauere. Das Resettlement-Programm, auf welches er eingeht, ist wichtig. Aber mit dieser Motion hier diskutieren wir die Handlungsspielräume innerhalb des Dublin-Systems. Ein System, welches – wie wir alle wissen – seine Schwierigkeiten hat und die Länder an der Aussengrenze vor riesige Herausforderungen stellt.

Warum ist es so wichtig, dass wir diese Motion heute hier überweisen? Die Situation in Griechenland ist eine humanitäre Katastrophe. Die Schweiz, welche nicht müde ist, ihre humanitäre Tradition zu betonen, ist hier gefragt. Der Kanton Bern, als Teil der Schweiz, als Teil eines föderalistischen Systems, ist hier gefragt, weil das Staatssekretariat für Migration jeweils darauf hinweist, dass es aufgrund des föderalistischen Systems eben auch Kantone braucht, dass man auf Kantone angewiesen ist, welche bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen. Der Kanton Bern könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und – wie die Motion fordert – beim Bund vorstellig werden und eine Direktaufnahme von vulnerablen Personen in Bern möglich machen. Es ist auch, wie sicher viele mitbekommen haben, ein breit abgestützter Osterapell unter dem Titel «Evakuieren jetzt» gemacht worden, unterstützt von Kirchen, NGOs wie beispielsweise «Medicins sans Frontière», der aber auch von der Heilsarmee Schweiz und auch von einer liberalen Organisation, der «Operation libero», Kulturschaffenden, von Menschen aus der Zivilbevölkerung unterzeichnet worden. Die Forderung ist, dass die Schweiz Hand bieten soll, um die Katastrophe, welche sich in Griechenland abspielt, zu bewältigen. In den Gesprächen, welche ich in diesen Wochen geführt habe, ist teilweise die Angst geäussert worden, dass mit dieser Forderung das neue Asylgesetz ausgehebelt werde. Darum geht es hier nicht. Die Forderung ist ja, dass die Gesuche nachher hier direkt und regulär behandelt werden. Das heisst, es sind auch negative Entscheide nach wie vor möglich.

Ich wünsche mir einen Kanton Bern, welcher innerhalb unseres föderalistischen Systems Verantwortung für die humanitäre Katastrophe an der türkisch-griechischen Grenze mitträgt. Ein Kanton, der beim Bund vorstellig wird und seine Bereitschaft signalisiert, bei einer Direktaufnahme Hand zu bieten, der Direktaufnahme von vulnerablen Personen. Es muss etwas gemacht werden gegen die unüberblickbare Situation in Griechenland, gegen mangelnde Hygieneeinrichtungen, gegen mangelnde medizinische Versorgung, gegen Gewalt, Kriminalität, Menschenhandel und was sonst noch alles dort stattfindet, weil die Lager nicht überblickbar sind, weil Griechenland mit der Situation völlig überfordert ist.

Mit der Überweisung dieser Motion könnten wir die Welt für ein paar wenige Menschen besser machen. Wir könnten mithelfen, die Situation in Griechenland ein bisschen zu entschärfen. Verschiessen wir nicht die Augen davor, schieben wir die sogenannte heisse Kartoffel nicht weiterhin hin und her zwischen Bund und Kanton, zwischen Bund und Städten und so weiter. Deshalb freue ich mich auf Unterstützung meiner Motion und hoffe, dass Sie meinem Anliegen folgen.

Präsident. Ich gebe das Wort an Grossrätin Tanja Bauer, ich denke, als Mitmotionärin. Sie hat das Wort.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Mit einem Punkt sind wir mit dem Regierungsrat einverstanden. Wir sind nämlich besorgt, genau wie er, über die Situation an der türkisch-griechischen Grenze. Besorgt, wie meine Vorrednerin Ihnen erzählt hat, sind auch ganz viele Leute, welche den Osterapell unterschrieben haben, nämlich ungefähr 40'000. Der Osterapell wird von 150 Organisationen getragen, natürlich auch von Parteien, aber er wird auch von kirchlichen Organisationen und von humanitären Organisationen getragen, weil die Situation ernst ist. Wenn Sie googeln, werden Sie schnell auf Artikel stossen, welche von humanitären Katastrophen sprechen. Griechenland kann mit der Situation, wie sie heute ist, schlicht nicht mehr umgehen. Corona hat die Lage noch viel bedrohlicher und gefährlicher gemacht. Sie können es sich denken, nicht nur für den Bereich am Rande von Europa, sondern es ist natürlich für ein grosses Gebiet gefährlich, wenn die Situation so unübersichtlich ist.

Dass es ein Problem ist, darüber sind sich eigentlich fast alle einig. Die Frage ist nur, ob wir in dieser eher kalten Halle irgendetwas ausrichten können, um die Welt etwas besser zu machen, und dies können wir eben, wie dies Ihnen meine Vorrednerin schon zeigte. Auf nationaler Ebene ist das Thema durchaus auch angekommen. Es gibt eine Motion, welche von der staatspolitischen Kommission behandelt werden soll. Dort hat man sich gefunden. Man hat eine Mehrheit gefunden, um genau dieses Problem anzugehen und einerseits beim Dublin-System noch einmal vorstellig zu werden und dieses gerechter zu machen. Dies ist das Hauptproblem, warum wir überhaupt eine Katastrophe an der griechischen Grenze haben. Da können wir natürlich als Kanton Bern jetzt hier nicht viel machen.

Das zweite, das die staatspolitische Kommission will – im Wissen, dass es sehr lange gehen wird, bis man eine Einigung erzielt in diesem Dublin-System –, ist, dass man auch direkt handelt und Leute aufnimmt. Dass die Schweiz mehr Leute aufnimmt und dies nach Dublin-Regeln müsste – Sie wissen genau, dass wir sehr lange von diesem System profitiert haben – und Griechenland, Italien und Spanien natürlich von diesem System eher benachteiligt sind. Es ist wichtig, dass der Bund auf die Kantone zählen kann. Natürlich kann der Bund sagen, dass er mehr Leute aufnehmen will. Aber am Schluss ist es eine Verbundsaufgabe. Sie kommen am Schluss immer, der Bund ist immer auf die Unterbringung in den Kantonen angewiesen. Deshalb verweist der Bund jeweils auf die Kantone und sagt, dass er ohne Unterstützung der Kantone nicht handeln kann. Unsere Motion will genau dies. Sie will ein positives Zeichen an den Bund, nämlich dass der Regierungsrat vorstellig wird und sagt, dass er Leute direkt aufnehmen will, mehr als er nach dem offiziellen Schlüssel muss. Wie viele, sagen wir nicht, und wie meine Vorrednerin auch sagte, wir wollen nach wie vor, dass die Menschen, die aufgenommen werden, ein reguläres Asylverfahren durchführen müssen. Es geht also nicht darum, einfach positive Asylentscheide vorwegzunehmen.

Es ist klar, dass wir das Problem, welches an der türkisch-griechischen Grenze besteht, nicht allein lösen können. Aber der Entscheid, den wir heute fällen können, könnte ein kleiner Teil der Lösung sein und deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Der Reigen startet für die BDP-Fraktion, Grossrat Ulrich Stähli.

Ulrich Stähli, Gassel (BDP). Die BDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Asylpolitik ist Bundespolitik. Die Kantone sind vor allem für den Vollzug bei der Unterbringung verantwortlich. Wir wissen aber auch, dass der Kanton sich mit dem Vollzug schwertut. Verschiedene heiss diskutierte Vorstösse in diesem Rat, wie zum Beispiel Prêles (*M 073-2020*), haben dies mehr als nur deutlich gemacht. Wir haben hier eine grosse Anzahl abgewiesene Asylbewerber, welche nicht zurückgehen oder nicht zurückkönnen und allenfalls in Zentren dahinvegetieren oder eben untertauchen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht gerade angezeigt, dass der Kanton Bern vom Bund Direktaufnahmen fordert und gleichzeitig die Altlasten nicht bewältigt. Die BDP ist aber auch dezidiert der Meinung, dass am Rand dieser Kriegs- und Krisengebiete Hilfe vor Ort das Beste wäre oder ist, und die Geflüchteten in der Nähe ihrer Heimat bleiben könnten. Ich weiss, liebe Frauen und Mannen, dies tönt immer ein bisschen billig. Nur mit Geld schicken, zum Beispiel in die Türkei, ist es eben gar nicht gemacht. Vielfach kommt das Geld in falsche Hände. Wirksame Hilfe vor Ort geht nur mit Leuten, mit Spezialisten aus der Schweiz, welche die Hilfe koordinieren. Dies war die Fraktionsmeinung.

Für mich persönlich, und dies muss ich einfach sagen, ist es ein ganz schwieriges Geschäft. Ich bin ja mittlerweile bekannt dafür, dass ich bezüglich Asylpolitik und Ausländerfragen eine ganz differenzierte Haltung einnehme. Es gibt Leute, die sogar behaupten, ich sei ein blauäugiger Ausländerfreund. Aber schauen Sie, der Umstand, dass wir als reiches und kriegsverschontes Land eigentlich zu wenig machen, um dem unsäglichen Leid, zum Beispiel in Syrien, zu begegnen, beschäftigt unsere Familie immer und ist Dauergespräch am Küchentisch. Millionen von Flüchtlingen irren in der Welt von Land zu Land, und wir spüren demgegenüber eine grosse Ohnmacht. Wenn man selbst Kriegsflüchtlinge persönlich kennt, dann schämt man sich dafür, dass man nicht mehr macht, um diesen Leuten zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen. Deshalb, liebe Frauen und Männer, fällt es mir sehr schwer, bei diesem Geschäft das richtige Knöpflein zu drücken.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Es ist eben ein bisschen schwierig, wenn man im Text etwas so motioniert und dann hier in diesem Saal etwas ganz anderes will. Das ist die Krux, die ich an Christa Ammann und ihre Mitmotionärin zu dieser Motion sage. Sie verlangen nach Text eine Direktaufnahme an der griechisch-türkischen EU-Aussengrenze. Damit verlangen Sie das, zu dem Regierungsrat Müller explizit erklärt, warum dies rechtlich gar nicht geht. Sie können nicht einen Flüchtling aus der Türkei so hinübernehmen, dass Sie ihm hier ein Verfahren nach Asylbereich machen, sondern es gibt eben nur die Möglichkeit von Resettlement-Flüchtlingen, welche sogenannte Nicht-Schengenraum-Gestrandete sind, welche Sie aufnehmen können. Dies ist etwas ganz anderes, und dann machen sie das ganze Verfahren dort, innerhalb des Landes, wo sie sind; primär sind dies heute der Libanon oder eben die Türkei. Dies ist die Problematik.

Sie haben einfach schlecht motioniert, und dies schlägt hier zurück. Wir werden nämlich, weil wir genau dies möchten ... – wir möchten ein Signal geben, dass wir die Leute, die innerhalb des Schengenraums sind, besser verteilen und hätten hier auch klare Forderungen stellen wollen, dass der Kanton Bern dort vorwärtsmacht. Aber weil Sie es falsch formuliert haben, haben wir jetzt die Sauce. Aus der Sauce kommt man nur heraus, indem man wohl versucht, noch einmal neu zu motionieren. Wir werden uns dieser Motion einfach aus diesen Gründen enthalten, einzelne sogar zustimmen, weil man das politische Signal geben will, dass sich der Kanton Bern für diese Flüchtlinge, bei denen es formal-juristisch möglich ist, dass man sie in die Schweiz holt, in einem grösseren Mass als heute auch einsetzen soll.

Aber es ist klar, mit diesem Motionstext kann man dies nicht erreichen. Dabei müssen wir auch sagen, dabei hat der Polizeidirektor absolut klar und logisch argumentiert, warum es nicht geht. Schade einmal mehr, dass man am Ziel vorbeischießt, für eine wichtige Sache, für eine humane Sache und bei der man mit einer Nuance einer anderen Motion bedeutend mehr Unterstützung hätte gewinnen können.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Mit der Corona-Krise haben wir gespürt, wie schwierig es ist, wenn in einem Land Ausnahmezustand herrscht und mehr Menschen als üblich auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind. Ich weiss, die Corona-Krise fordert uns auch in der Schweiz heraus und bringt uns in bis anhin unbekannte Schwierigkeiten. Zum Glück haben wir eine funktionierende Infrastruktur, stabile Institutionen und vor allem ein gutes Gesundheitssystem. Und verglichen mit vielen anderen Ländern sind unsere Möglichkeiten, anderen zu helfen, deutlich grösser. Im Flüchtlingsbereich sind Menschen betroffen, die aus unterschiedlichen Gründen ihr Land verlassen müssen und vieles, ja alles verloren oder zurückgelassen haben. Sie sind nun auf die Hilfe anderer angewiesen. Viele dieser Menschen kommen über die Türkei nach Griechenland, Spanien, Italien, Länder, die an den EU-Aussengrenzen liegen. Doch da ist Aufnahme und Betreuung unzureichend bis katastrophal schlecht.

Seit langem nimmt bei uns die Zahl der Asylsuchenden ab. Diese liegt deutlich unter den Kapazitäten für die Aufnahme. Die Infrastruktur ist da. Einige Flüchtlingsunterkünfte wurden sogar geschlossen. Es ist unbestritten, dass die Flüchtlingspolitik ein nationales Thema ist. Aber die Kantone sind Teil dieses Nationalstaates und es sind vor allem sie mit ihren Gemeinden, welche die Flüchtlinge beherbergen.

Die Corona-Krise wird uns alle noch eine Weile beschäftigen. Sie wird das öffentliche Leben beeinträchtigen. Doch besonders wird sie diejenigen treffen, die bei uns Schutz suchen, doch oft schutzlos bleiben, gerade in Zeiten einer Pandemie. Sie sind mehr als wir alle auf Hilfe anderer angewiesen, denn sie sind nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. Es wäre daher ein klarer Akt der Humanität, hier aktiv zu werden und eine Aufnahme von vulnerablen Gruppen von der griechisch-türkischen Aussengrenze in den Kanton Bern möglich zu machen. Um das unbürokratisch zu errei-

chen, sollte der Kanton Bern beim Bund aktiv werden. Der Bund ist auf die Mitwirkung der Kantone angewiesen. Wir wissen auch, das Resettlement-Programm und die Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und so weiter ist eng. Der Vorstoss verlangt nicht ein neues Resettlement-Programm. Wir sind in einer ausserordentlichen Situation, die ausserordentliche Vorgehen benötigen. Es gab einmal eine Aussage einer Ratskollegin: «Wenn man möchte, findet man Wege, wenn man nicht möchte, sucht man Gründe.» Die grüne Fraktion bittet Sie, die Motion zu unterstützen, um gemeinsam einen Weg zu finden, um den auf Hilfe angewiesenen, verletzlichsten Schutzsuchenden zu helfen.

Andreas Hegg, Lyss (FDP). Ja, wenn man die Bilder an der Aussengrenze sieht, ist klar, es ist eine unglaubliche Situation, es ist wirklich eine schwierige Situation. Aber auf der anderen Seite wird in der Antwort des Regierungsrates klar und transparent dargelegt, wie der Bund und das Staatssekretariat für Migration (SEM) in dieser Sache vorgehen, und es kommt auch klar zum Ausdruck, dass der Bund auch handelt und die Situation auch ernst nimmt und dass wir dieses Anliegen im Kanton nicht umsetzen können. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass jetzt noch jeder Kanton noch irgendwie selbst anfängt zu handeln. Es ist wirklich Sache des Bundes und deshalb lehnen wir diese Motion ab.

Nun bin ich noch schnell Einzelsprecher. Ich als Einzelsprecher, als Gemeindepräsident von Lyss, fände es schon merkwürdig, wenn wir jetzt plötzlich noch Leute an der EU-Aussengrenze aufnehmen würden und wir in Lyss auf dem Sachplan für zwei Bundesasylzentren sind und bis jetzt noch keinen zweiten Standort in unserem Kanton Bern gefunden haben. Dies könnte ich gar nicht verstehen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Auch für die EVP ist klar, dass die Zustände in den Flüchtlingslagern an der EU-Aussengrenze nicht tragbar sind. Ich selbst habe eine Nichte, welche bis im Januar dieses Jahres auf Lesbos in einem solchen Flüchtlingslager war, als Fachfrau Gesundheit dort gearbeitet hat und ich habe hie und da etwas mitbekommen. Klar ist auch, dies wurde auch schon gesagt, dass Dublin nicht taugt, um dieses Problem zu lösen und vor allem auch, um die Lasten in Europa besser zu verteilen. Für uns ist es unverständlich, dass sich gewisse Länder in Europa immer noch weigern können, Flüchtlinge oder Asylbewerbende aufzunehmen, ohne dass sie irgendwie unter Druck geraten.

Jetzt stellt sich aber die grosse Frage, was wir mit diesen Informationen machen. Die Motion, über welche wir sprechen, macht uns einen Vorschlag, was der Kanton Bern allenfalls tun könnte oder was wir hier im Grossen Rat allenfalls beschliessen könnten. Die EVP ist in der Meinung geteilt, inwiefern der Vorschlag auch wirklich etwas bewirkt.

Diejenigen, die die Motion unterstützen, sagen sich, nach dem Motto «zuerst bei uns anfangen», also nach dem Motto von Fritz Ruchti und von Gottfried Keller: «Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» Es geht nicht, dass wir als Kanton Bern und als Schweiz einfach zuschauen, was an der EU-Aussengrenze abgeht. Wir können nichts dafür, dass wir hier mitten in Europa sind und deshalb von Dublin profitieren. Die Chance ist relativ klein, dass Dublin auf die Schnelle revidiert wird und wahrscheinlich wird es noch lange so weitergehen. Es geht also darum, dass wir schauen, was wir hier unternehmen können. Die Befürworterinnen und Befürworter dieser Motion sind der Meinung, dass wir noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben und dass es neue Lösungen braucht, wie sie eben hier in der Motion vorgeschlagen werden. Die Motionärinnen fordern, dass vor allem vulnerable Gruppen aufgenommen werden sollen. Darunter verstehen wir zum Beispiel Familien oder Menschen mit irgendwelchen Einschränkungen oder gesundheitlichen Problemen.

Die Gegner unserer Fraktion sind der Meinung, dass die Wirkung dieser Motion unklar ist. Es ist unklar, ob dies grundsätzlich geht, was die Motionärinnen wollen respektive was für Zusatzbelastungen dadurch auf die Schweiz zukommen. Sie stellen sich die Frage, inwiefern es sinnvoll ist, dass der Kanton Bern in dieser Frage vorprescht. Markus Wenger wird diese Position noch in einem Einzelvotum näher erläutern.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Wir sind dankbar, dass unser Land verfassungsmässig für Verfolgte und Flüchtlinge entsteht. Was weltweit und eben an diesen Aussengrenzen passiert an Verfolgung, politischen Umstürzen, Machtübernahmen, Ungerechtigkeiten und Elend, löst viele Fragen und Not aus. Wir können das Anliegen der Motionäre, Motionärinnen gut

verstehen. Dass das Dublin-Abkommen Mängel hat, haben wir schon ein paar Mal gehört. Die Kantone sind irgendwie auf den Bund angewiesen und der Bund wartet anscheinend irgendwie auf Signale aus den Kantonen.

In meinem persönlichen Umfeld pflege ich gute Freundschaften mit gut integrierten ehemaligen Flüchtlingen und schätze es sehr, dass diesen Personen würdevoll Hilfe geleistet wurde. Die Frage des Missbrauchs lässt uns aber allerdings etwas zurückhaltend bleiben. Die fehlende Ahndung von Fehlverhalten und unrechtmässigem Profit im Asylsystem verunmöglicht leider viel zu oft den nötigen Handlungsspielraum, um für echte, wirkliche Bedürftigkeit entgegenzutreten zu dürfen. Deshalb unterstützt die EDU-Fraktion mehrheitlich die ablehnende Haltung des Regierungsrates, nämlich, dass der Kanton keine direkte Möglichkeit hat, unabhängige und eigene Schritte zu machen und auch keine Direktaufnahmen möglich sind. Wenn es so weit sein wird und die Umsetzung der internationalen Abkommen wieder möglich sein wird, wird unser Kanton bereit sein und die nötige Verantwortung übernehmen.

Präsident. Prochaine oratrice : Sandra Roulet.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS). Au nom du PS-JS-PSA : plus de 33'000 demandeurs d'asile vivent dans des camps en Grèce avec une capacité d'accueil de 5400 personnes. L'Etat grec n'a pas la capacité de prendre en charge correctement un tel nombre de réfugiés et de traiter en temps opportun les demandes d'asile. Cette situation est très problématique avec la covid-19 qui vient se greffer. Tous les pays européens doivent assumer leurs responsabilités. En raison de sa situation géographique, au cœur de l'Europe, la Suisse n'a pas à faire face à autant de demandes que des pays situés aux frontières extérieures et, de ce fait, elle profite massivement du système Dublin.

En tant qu'Etat de Dublin, la Suisse partage la responsabilité de la catastrophe humanitaire sur les îles grecques. La Confédération peut faire plus et peut répondre de sa propre initiative pour accueillir plus de demandeurs d'asile. La Confédération peut bénéficier du soutien des cantons dans cette démarche et il est très important. La Suisse possède les moyens financiers et les infrastructures à disposition pouvant accueillir davantage de réfugiés. De ce fait, nous demandons que le canton de Berne se montre solidaire en demandant à la Confédération de s'engager davantage dans cette situation de crise et à se positionner en faveur d'une action d'accueil supplémentaire de réfugiés.

Chers collègues, nous avons expérimenté ces derniers mois que le canton de Berne et la Confédération sont capables d'établir des mesures urgentes lorsqu'ils considèrent que la situation est extraordinaire comme pour la pandémie. Lorsque nous avons des milliers de réfugiés, avec des mineurs non accompagnés, des enfants, dans des situations inhumaines, sans accès à l'eau, aux premiers besoins de nécessité, ne sommes-nous pas dans des situations extraordinaires où certains processus ou règlements devraient pouvoir être assouplis ou adaptés pour secourir les plus faibles ?

De ce fait, le groupe PS-JS-PSA soutient à l'unanimité cette motion et vous encourage à en faire de même.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich konkurrenzieren bei diesem Vorstoss einmal Tanner Aschi. Die SVP wird diesen Migrantenvorstoss einstimmig ablehnen.

Präsident. Schneller, als man denkt. Man kam gar nicht nach, das Rednerpult zu kontaminieren. Als Einzelsprecher für die EVP, Markus Wenger.

Markus Wenger, Spiez (EVP). So kurz habe ich das Votum von Thomas Knutti nun doch nicht erwartet. Mir geht es ähnlich wie den Motionärinnen und dem Motionär. Die Situation an der griechisch-türkischen Grenze ist nicht gut. Sie ist unmenschlich und inakzeptabel. Ebenfalls alle die Nachrichten, die man aus dem Mittelmeerraum hört, wo man mit den Asylsuchenden wirklich unmenschlich umgeht. Ich bin der Meinung, dass wir einen würdevollen Umgang mit allen Menschen, egal von welcher Herkunft, anstreben und leben müssen. Wenn ich aber jetzt bei der Motion schaue, wie der Ablauf ist, was wichtig ist, so kommt mir natürlich das Problem, welches wir hier in der Schweiz mit den Asylsuchenden haben, in den Vordergrund. Und zwar ist es so, dass die Leute, die hier Asyl bekommen, welche wir integrieren, seien dies Lehrlinge, die wir ausbilden oder andere Leute, seien diese aus Sri Lanka oder damals aus dem Balkan oder jetzt aus Syrien oder Eritrea, das ist eine gute Sache und dort können wir mehr machen. Man könnte mehr solche Menschen integrieren und ihnen eine sichere zweite Heimat bieten. Wir haben aber dort ein Riesenproblem,

wo wir Asylsuchende haben, die einen negativen Entscheid bekommen, die wir nicht zurückschaffen können, die hierbleiben, die untertauchen oder wo wir keine Lösung haben. Genau für diese Menschen dient eine solche Lösung – dass wir sie herholen und ihnen danach einen negativen Entscheid mitteilen müssen – nichts. Aber, wenn es die Möglichkeit gibt, dass wir mit einer Vorselektion mithelfen können, dass man Leute hernehmen kann, dann ist dies eine gute Sache. Die Vorlage verlangt dies aber nicht so, sondern man hat die Idee, dass man einfach Leute herholt und nachher ein ordentliches Asylverfahren macht. Ein rechter Teil davon wird nachher sicher wieder abgelehnt, wie dies bei den anderen Asylverfahren auch ist und diese sollten dann wieder zurück und gehen nicht. Deshalb kann ich diesem Ansinnen nicht zustimmen. Hingegen fordere ich alle Beteiligten auf, wie auch den Regierungsrat, helfen Sie mit, möglichst Leute zu entlasten, möglichst Leute zu versorgen, zu unterstützen, die an Leib und Leben bedroht sind und die Kriterien des Asylwesens erfüllen.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Ich habe mich sehr vertreten gefühlt von meiner Fraktionssprecherin. Sie hat beide Seiten aufgezeigt. Und ich habe auch gut zugehört, wieso andere Fraktionen, wie, ich glaube, die glp, sagen: «Ja, der Vorstoss ist schwach formuliert und hat eigentlich etwas Wichtiges und Richtiges im Zentrum, hat es hier aber einfach schlecht ausgedrückt oder unumsetzbar ausgedrückt.»

Mir geht es als Einzelsprecherin um etwas anderes. Wir sind gestern mit einigen von hier drin im Zug nach Hause gefahren und ich habe darüber gesprochen, wie es mir ein Anliegen ist, dass wir die Generation nach uns zu verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Bei mir ging es darum, wie ich dies meinen Kindern weitergebe. Wir schauen Filme zu Hause. Ich habe jetzt gerade mit jemandem einen Film über Marie Colvin, eine Kriegsreporterin, geschaut, welche dem Leid dieser Welt nachgereist ist und darüber rapportiert hat und wollte, dass diese Menschen auch eine Stimme bekommen.

Wir haben jetzt dann am 20. Juni den Tag des Flüchtlings. Da gibt es verschiedene Veranstaltungen oder auch nicht, ich weiss jetzt nicht, wie sie es umsetzen. Ich habe das gelesen auf der Seite des Flüchtlingstags, wie sie schreiben, wie sie drastisch beschreiben, wie eigentlich das gemeinsame europäische Asylrecht vor dem Zusammenbruch steht, wie an der Aussengrenze eigentlich systematische, gewaltsame und völkerrechtswidrige Zurückweisungen stattfinden, an Land und auf See, weil die Griechen oder Türken an der Aussengrenze schlicht überfordert sind.

Und jetzt komme ich zurück auf das, was ich am Anfang gesagt habe. Wie will ich dies meinen Kindern erklären? Wir wussten es eigentlich hier drin, die Schweiz wusste es, die Leute wussten, dass das Dublin-Abkommen nicht Stand hält. Uns kracht dies alles um die Ohren. Aber wir hier drin haben gesagt: «Es ist nicht unsere Aufgabe hinzuschauen.» Wir hier drin sagen jetzt: «Ja, es ist formell nicht richtig formuliert.» Wir hier drin sagen jetzt: «Nein, leider können wir es so nicht machen, und es tut uns leid für all diejenigen, die da vergehen, im Elend wirklich eingehen. Wir können ihnen nicht das bieten, was wir eigentlich sollten oder möchten.» Ich kann dazu nicht einfach Nein sagen. Wenn wir genau wissen, dass andere ... Es müsste Lösungen geben. Wenn hier nicht die richtige skizziert ist, müssen wir einfach schauen, dass wir auf nationaler oder kantonaler Ebene oder wo auch immer die richtigen andenken. Aber ich kann nicht mehr einfach sagen: «Es geht uns nichts an» und wegschauen und sagen, dass es die anderen für uns lösen sollen. Deshalb werde ich dem hier, auch wenn es schlecht formuliert ist und vielleicht nicht einmal möglich ist, ... ich werde dies aus einem tiefen Bedürfnis, irgendwo Verantwortung zu tragen, unterstützen müssen. Ich kann nicht anders.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Ich möchte meiner Vorrednerin danken. Sie hat viel von dem, was ich empfinde, sehr gut ausgedrückt. Ich danke Ihnen allen für die Unterstützung des Anliegens. Ich habe gespürt, dass es doch sehr viele Leute hier drin beschäftigt, was an der Aussengrenze von Europa los ist und dass Sie auch sehen, wie gross das Problem ist. Das Problem ist wirklich sehr gross. Dementsprechend schwierig sind auch einfache und schnelle Lösungen, und dementsprechend schwierig ist es auch, etwas vorzuschlagen, bei dem einfach alle dahinterstehen können. Ich bitte Sie, Folgendes zu bedenken: Wir haben den Vorschlag, den wir hier einbringen, so formuliert, dass wir der Meinung sind, dass er umsetzbar ist und vor allem, dass er der Regierung eigentlich einen Spielraum lässt. Lesen Sie ihn sonst noch einmal gut durch.

Wir haben dies national abgeklärt, und es ist sehr begrüsst worden, dass so ein Zeichen aus dem Kanton kommt, welches eben mehr als nur ein symbolisches Zeichen ist, sondern genau dies, Verantwortung übernehmen bei dem Teil, bei dem man kann. Es könnte eben auch ein Anstoss

sein, dass auch andere Verantwortung übernehmen. Deshalb mein Appell an Sie: Diejenigen, die zweifeln und nicht ganz sicher sind, ob es hundertprozentig das ist, drücken Sie lieber einmal falsch, als dass Sie nicht mehr schlafen können.

Präsident. Ich frage die Motionärin nachher..., ...okay, sie möchte gerne nachher sprechen. Dies ist nicht so praktisch wie im Rathaus, wo man es näher dabei hat. Das Wort hat der Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Philippe Müller.

Philippe Müller, Sicherheitsdirektor. Der Regierungsrat ist sich der schwierigen Situation der Geflüchteten in der Türkei und Griechenland bewusst. Dass dies ganz klar hier am Anfang gesagt wird. Die Motion von Frau Grossrätin Ammann verlangt, dass sich der Kanton Bern beim Bund dafür einsetzt, dass Geflüchtete, insbesondere vulnerable Personen, rasch und unbürokratisch direkt aus türkisch-griechischen Grenzgebieten im Kanton Bern aufgenommen werden können. Gemäss der Motion sollen diese Personen erst nach der Aufnahme in den Kanton Bern ein reguläres Asylverfahren durchlaufen. Die von der Motionärin geforderten Direktaufnahmen im Kanton Bern mit anschliessendem Asylverfahren auf Bundesebene widersprechen dem heutigen Verfahrensrecht, dem Bundesverfahrensrecht. Heute funktioniert der Prozess genau umgekehrt. Zuerst bekommen die Resettlement-Flüchtlinge, gestützt auf Artikel 56 des Asylgesetzes, direkt Asyl- und Flüchtlingsstatus, erst anschliessend werden sie auf die Kantone verteilt.

Der Bundesrat hat beschlossen, dass im Jahr 2020 und 2021 maximal 800 Resettlement-Flüchtlinge so in die Schweiz aufgenommen und auf die Kantone verteilt werden sollen. Das Problem ist also erkannt. Der Bund plant auch, Resettlement-Flüchtlingen aus der Türkei in der Schweiz Asyl zu gewähren. Ein Teil der Teil der Flüchtlinge wird der Bund dem Kanton Bern zuweisen.

Der Bundesrat will auch helfen, die Situation in den griechischen Migrationscamps zu verbessern. Am 1. Mai 2020 hat er die Motion der staatspolitischen Kommission des Nationalrats mit dem Titel «Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens» zur Annahme empfohlen. Zur Verbesserung der Situation in den griechischen Migrationscamps hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bereits am 21. April einen zusätzlichen Kredit von über 1,1 Mio. Franken für Projekte von Hilfsorganisationen gesprochen. Die Wirkung dieser Projekte soll vor allem Kindern und Jugendlichen in den Camps auf den Inseln in der griechischen Ägäis zugutekommen. Sofortmassnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus in diesen Camps werden auch in diesem Rahmen finanziert. Wegen der Coronavirus-Pandemie wurden die Dublin-Überstellungen europaweit temporär ausgesetzt. Trotzdem sind am 16. Mai 23 minderjährige Asylsuchende aus Griechenland mit familiären Verbindungen in der Schweiz auf legalem Weg in unserem Land eingetroffen. Der Kanton Bern nimmt vier von ihnen auf.

Zusammenfassend hält der Regierungsrat fest, dass es aus verfahrensrechtlichen Gründen gar nicht möglich ist, dass der Kanton Bern Migranten aus den türkisch-griechischen Grenzgebieten direkt bei sich aufnimmt. Der Entscheid, wer in der Schweiz Asyl bekommt und als Flüchtling anerkannt wird, liegt in der Kompetenz des Bundes. Ich kann dies nicht genug betonen. Es wurde vorher gesagt, dass die Motion die Welt besser mache. Die Motion macht die Welt nicht besser und schon gar nicht einfach und schnell, wie es vorher gesagt wurde. Im Gegenteil, sie bestärkt die Menschen hier bei uns einmal mehr im Irrtum, dass die Kantone etwas zu entscheiden hätten. Der Titel ist auch entsprechend: «Direktaufnahme von Geflüchteten an der EU-Aussengrenze». Ich bin froh, dass dies von Frau Grossrätin Mühlheim und von Herrn Grossrat Wenger klargestellt wurde.

Der Regierungsrat kann nachvollziehen, dass man irgendetwas machen will. Aber einmal mehr, im Asylbereich ist der Kanton schlicht die falsche Stufe. Wir entscheiden hier nicht, ob wir die Situation an der griechisch-türkischen Grenze gut finden oder nicht, auch wenn dies der Vorstoss fast ein bisschen suggeriert. Entsprechend werden Resettlement-Flüchtlinge erst nach dem positiven Asylentscheid des Bundes eben auf die Kantone verteilt und der Regierungsrat lehnt es deshalb ab, beim Bund vorstellig zu werden, um Prozesse umzukehren, welche im Bundesgesetz festgelegt sind. Eine Intervention ist beim Bundesrat auch in diesem Sinn nicht notwendig, weil er das Problem erkannt hat und im Zusammenhang mit der kritischen Migrationssituation an der griechisch-türkischen Grenze bereits von sich aus aktiv wurde. Der Regierungsrat beantragt deshalb dem Grossen Rat, die Motion Ammann abzulehnen.

Präsident. Ich gebe der Motionärin noch einmal das Wort, Grossrätin Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Ja, auch bedanke ich mich für diese Debatte und auch ich habe –

wie dies Tanja Bauer schon sagte – wahrgenommen, dass es ein Thema ist, welches doch einige hier in diesem Saal beschäftigt und wahrscheinlich die meisten völlig überfordert.

Vielleicht noch zu den genannten Überlegungen und Argumenten, welche gebracht wurden:

Zur Seite BDP: Es braucht einfach wie im Moment beides. Klar, einerseits muss man Altlasten bewältigen – wie es so schön genannt wurde –, aber andererseits muss man auf die akute Situation, welche im Moment in Griechenland vorherrscht, reagieren und nicht einfach sagen: «Wir können dann erst wieder, wenn wir aufgeräumt haben.» Weil es findet beides gleichzeitig statt – und wir haben in dieser Session mehrere Themen, mehrere Dinge besprochen, und es geht auch parallel. Und auch hier ist es notwendig, dass man Dinge parallel macht.

Zur Seite EDU und FDP, welche sagten, dass der Kanton Bern nicht allein handeln soll: Es geht ja darum, dass der Kanton Bern beim Bund vorstellig wird und nicht allein einen Car chartert und irgendwie Leute abholt, sondern zum Bund geht und ein Angebot macht, den Dialog sucht, Hand bietet.

Vielleicht noch zu dem, was Regierungsrat Müller sagte. Also, es geht im Moment um die Verteilung der Personen, welche in den völlig überlasteten Lagern sind und nicht, um zuerst Asylgesuche innerhalb einer dort stattfindenden, lokalen, humanitären Katastrophe zu machen, sondern halt jetzt zu sagen, dass wir Entlastung bieten, schauen, dass es dort weniger Leute hat, weil man sonst die medizinische Versorgung, Hygiene und so weiter nicht gewährleisten kann. Dementsprechend kann man nicht zuerst Verfahren machen und die Leute danach aufnehmen. Es geht eben darum, dort die akute Situation zu entlasten und nachher ein Asylgesuch zu behandeln. Einfach, weil es dort so nicht mehr geht und zum Teil auch Leute sterben aufgrund der Situation, dies ist das Problem.

Eine Krise, wie wir sie dort haben, braucht auch unkonventionelle Lösungen. Es braucht Gespräche zwischen Kanton und Bund. Es braucht Vorschläge, ein Zeichen für die Bereitschaft aus den Kantonen, und der Kanton Bern könnte hier ein Törchen auf tun. 23 unbegleitete, minderjährige Asylsuchende (UMA) sind ein Tröpfchen auf dem heissen Stein. Der Kanton Bern könnte noch mehr. Ich bitte Sie wirklich, diese Motion hier zu überweisen.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Traktandum 78, Motion von Christa Amman, «Direktaufnahme von Geflüchteten an der EU-Aussengrenze». Wer die Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.55)

Vote (2020.RRGR.55)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 65

Nein / Non 80

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt, mit 80 Stimmen zu 65 Ja bei 4 Enthaltungen.